

Rheinfelden, den 12.12.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhardt,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schippmann

Die wirtschaftliche Entwicklung, die allgemeinen Kostensteigerungen, die gestiegene Kreisumlage und insbesondere die um 6% gestiegenen Personalkosten belasten unseren Haushalt. Sie machen eine längerfristige Haushaltsplanung schwierig

Für das kommende Jahr gehen wir von Einnahmen in Höhe von 104.6 Mio. aus. Den größten Anteil bei den Steuereinnahmen bilden die Einkommensteuer, sowie die Schlüsselzuweisungen.

Die Aufwendungen werden im kommenden Haushaltsjahr bei 102,2 Mio. liegen. Auch aufgrund von Investitionen in Höhe von 40 Mio. bis ins Jahr 2028 werden sie auf 113,4 Mio. steigen, während die Erträge stagnieren. Die Abschreibungen können wir in 2025 noch vollumfänglich erwirtschaften, was in den folgenden Jahren nicht mehr möglich sein wird. Noch können wir die Deckungslücke ab 2026 über die Rücklagen aus den vergangenen guten Jahren ausgleichen.

**Eine Kommune kann und muss grundsätzlich über ihre Kosten steuern. Jedoch ist der Umfang möglicher Kürzungen auch immer eine politische Entscheidung.**

In den Beratungen mussten wir entscheiden: Was ist wirklich notwendig, was verzichtbar, was bedeutet Wirtschaftlichkeit?

Im Hinblick auf die dargelegte Entwicklung wurde die notwendige Haushaltskonsolidierung bereits früh angegangen. Auch wenn wesentliche Zahlen wie z.B. die Höhe der Kreisumlage - erst kurz vor den Haushaltsberatungen vorlagen, wurden bereits in der Haushaltsstrukturkommission, in der Klausurtagung des Gemeinderats, und in Beratungen zu den Prüfaufträgen in der Fraktion die möglichen Veränderungen bei den **verschiedenen Stellschrauben** diskutiert: Hierzu zählen

- **Verbesserung der Einnahmen durch höhere kommunale Steuern und Gebühren**
- **Kostenreduzierung durch Einschränkungen im städtischen Angebot, Einschränkungen bei Investitionen.**

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die immer von der wirtschaftlichen Entwicklung der Betriebe abhängig ist, liegen derzeit bei 13.5 Mio. Der Beschluss, sie zu erhöhen, ist immer mit der Frage verknüpft, wie sich dies auf die ansässigen Betriebe auswirken könnte. Mit der Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 v. H. auf 400 v.H. liegen wir noch in Rahmen der hier im Kreis festgesetzten Hebesätze und halten ihn damit für vertretbar.

Das gilt auch für die Erhöhung der Vergnügungssteuer auf 7,5% des Spieleinsatzes.

Die Einnahmen in Höhe von ca.6 Mio. aus der Grundsteuer als kommunale Steuer sind einfacher zu kalkulieren und stehen uns vollumfänglich z.B. für Investitionen zur Verfügung. Bereits im vergangenen Jahr hatten wir über eine Erhöhung des Hebesatzes diskutiert, aber aufgrund der anstehenden Grundsteuerreform darauf verzichtet.

Mit der knappen Ablehnung einer Anhebung der Grundsteuer über 320 v.H. hinaus, entstand eine Finanzlücke von 780.000.- in 2025 und 3,12 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren, die über die bereits geplanten Kosteneinsparungen hinaus zusätzlich gedeckt werden müssen.

Dies erfolgt nun über Kürzungen bei den Personalkosten, bei der Feuerwehr, aber auch bei den Dienstleistungen, wie die Reduzierung der Öffnungszeiten des Schwimmbads, und der Schließung des Schauraums. Die Schließung des Schauraums und des Geomuseums sind mit den niedrigen Besucherzahlen begründet, aber nun müssen wir uns Gedanken machen, wie wir künftig mit unserer Stadtgeschichte angemessen umgehen wollen.

Die vorgeschlagenen pauschalen 5%igen Kürzungen der Zuschüsse bei der VHS, Musikschule, Bibliothek hat unsere Fraktion abgelehnt. Gerade die VHS und Musikschule werden hierdurch unverhältnismäßig belastet, da diese bereits die allgemeinen Kostensteigerungen auffangen müssen und es für sie immer schwieriger wird, die Kosten über Gebührenanhebung aufzufangen. Neuverhandlungen über die Höhe der Zuschüsse für beide Einrichtungen sind hier notwendig und wurden versprochen.

Die Ziele einer familienfreundlichen, soziale und integrationsfördernde Stadt und die Weiterentwicklung der Schullandschaft sind eng miteinander verwoben. Hierfür stehen die Elternbildungsangebote, unsere Kitas, die Schulen, Schulsozialarbeit und Erwachsenenbildung. Dies ist uns viel Wert. Über ein Viertel der gesamten städtischen Aufwendungen fließen in die Bereiche Kinder, Jugend und Familienhilfe, Kitas und Schulen. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass die Kita-Plätze für Familien bezahlbar bleiben. Hier sei an die Diskussion zu den gestaffelten Kita-Gebühren erinnert. Für dieses gerechte Beitragssystem steht die SPD auch weiterhin ein. Für das kommende Jahr erwarten wir hierzu eine Überprüfung der Einkommensstufen.

Nach wie vor fehlen zu viele Kita-Plätze. Ebenso steigen die Schülerzahlen an. Deshalb planen wir für den Ausbau der Schulen bereits in 2025 mit 4,1 Mio. und bei Kitas mit 1,6 Mio.

Es ärgerlich, daß sich das Land Baden-Württemberg angesichts der wachsenden Anforderungen hier nicht mehr beteiligt. Gerade im Bildungsbereich bräuchten die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung. Dies betrifft nicht nur die Schulsozialarbeit, die noch nicht an allen Schulen angeboten werden kann. Diese wünschen wir uns auch für Karsau und Minseln. Ebenso kann der Ausbau der ab 2026 verbindliche Ganztagschule nicht einseitig zu Lasten der Stadt gehen.

Neben einem breiten Bildungs- und Betreuungsangebots gehört **die ärztliche Versorgung** zu den wesentlichen weichen Standortfaktoren einer Stadt. Die Schließung des Rheinfelder Krankenhauses im April, fehlenden Haus- und Fachärzte haben große Lücken in die ärztliche Versorgung entstehen lassen. Unser gemeinsames Ziel ist es weiterhin, eine Nachnutzung des leerstehenden Krankenhauses als MVZ zu erreichen. Angesichts der Bedeutung des Themas und seiner Dringlichkeit stimmen wir der neuen Stabstelle zu, damit hier mit professioneller Unterstützung Ärzte für Rheinfelden gewonnen werden können. Dies war keine einfache Entscheidung angesichts unserer Haushaltslage.

Die seit vier Jahren bestehende **Lenkungsgruppe Smart City** hat das Ziel, die Möglichkeiten der Digitalisierung des Bürgerservices auszuloten und zu verbessern, aber auch über eine Erhöhung der Effektivität in der Stadtverwaltung zu Kosteneinsparungen zu kommen. Um dieses umzusetzen, sind Investitionen notwendig, für die Gelder in den Haushalt eingestellt sind.

Unsere Fraktion begrüßt dies. In welchem Umfang hier langfristig Kosten gespart werden, muss offenbleiben. In einem ersten Schritt geht es darum, Arbeitsprozesse zu durchleuchten, z.B. Verwaltungsabläufe im Rathaus und den Ortsteilen zu vergleichen und dann in einem zweiten Schritt eine Schwachstellenanalyse durchzuführen. Hierbei muss für uns auch den Faktor Mensch mitgedacht werden. Nach wie vor muss die Verwaltung über Menschen sichtbar und ansprechbar sein. Gerade in der Demokratie kommt der Bürgernähe eine wichtige Rolle zu. Genau diese, aber auch der Wunsch nach Identität mit dem Wohnort über die Ortsverwaltungen hat zu einer breiten Ablehnung des Verwaltungsvorschlags geführt, die Gebäude der Ortsverwaltungen zu veräußern. Der Beschluss, eine wirtschaftlichere Nutzung der Räume zu prüfen, ist sinnvoll.

Die notwendige kommunale **Infrastruktur der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und der Wärmeversorgung** liegen in der Hand unserer Eigenbetriebe. Hier stehen für 2025 hohe Investitionen in Haushaltsplan, um notwendige Sanierungen und Baumaßnahmen durchzuführen

Im Wirtschaftsplan **Abwasserbeseitigung** sind dies Sachinvestitionen in Höhe von 4,9 Mio, eingeplant für Kanalsanierungen und der Neubau des Regenüberlaufbeckens in MInseln.

Im Bereich **Wasserversorgung** werden durch **die Stadtwerke** 4,7 Mio. investiert. Dies sind Investitionen in das Wassernetz und in Speicher. Erfreulicherweise können die Wasserverbrauchsgebühren von 2,52 Euro pro m<sup>3</sup> gehalten werden.

Der Ausbau des **Wärmenetzes durch die Stadtwerke** als wesentlicher Baustein zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen der Stadt wird in den nächsten Jahren weiter vorangetrieben. Hierfür sind 7,9 Mio. Euro für Investitionen eingeplant. Zusammen mit dem Ausbau des Glasfasernetzes sind wir hier anderen Kommunen voraus.

**Der Neubau des Bürgerheims** geht wie geplant voran und der erste Bauabschnitt wird im Sommer fertiggestellt. Bei Gesamtkosten von knapp 31 Mio. € ist es ein finanzieller Balance-Akt, der auch in den kommenden Jahren die Planung bestimmen wird.

Alle Investitionen der Eigenbetriebe werden fast vollständig über Kredite finanziert. Hiermit entsteht ein Risiko bei weiter steigenden Zinsen. Somit ist die an die Stadtwerke gestellte Frage nach der Entwicklung der Kundenzahl bei der Nahwärme berechtigt. Schließlich muss im Hinblick auf die hohen Investitionen auch Geld verdient werden.

Zu den Pflichtaufgaben einer Stadt gehört der Tierschutz, insbesondere die Versorgung von Fundtieren. Als SPD-Fraktion freut es uns, dass unsere Forderung nach einem Ersatz- oder Neubau beim Tierheim im kommenden Jahr realisiert werden kann. An dem Erweiterungsbau des Tierheims beteiligt sich die Stadt mit einer Summe von 600.000. Unser Dank geht an OB Eberhardt für seinen persönlichen Einsatz.

Neu eingestellt sind Gelder für den Straßenbau, um in die Planung und erste Umsetzung zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch Fahrradstraßen anzugehen. Hier sind Verbesserungen seit Jahren versprochen. Wir wünschen uns mehr Mut und Engagement in diesem umweltpolitisch wichtigen Verkehrsbereich.

Die bereits im vergangenen Jahr im Haushalt eingestellten Mittel für den Bau der Skaterbahn wird in das Jahr 2026 verschoben, um über einen Verein Fördergelder beantragen zu können. Hierbei sollten die Jugendlichen unterstützt werden. An dieser Stelle sei auch nochmals an den Wunsch nach einem neuen Jugendparlament erinnert, um Jugendliche in die Kommunalpolitik einzubinden.

Eine Reihe von Projekten müssen aus Kostengründen zurückgestellt werden. Hierzu gehören Sanierungsmaßnahmen auf den Friedhöfen in Nollingen und Karsau,

Der Haushalt 2025 kann nun mit einem nochmals positiven Ergebnis in Höhe von 2.5 Mio eingebracht werden.

In den Jahren 2026 bis 2028 werden wir mit negativen Ergebnissen leben müssen, trotzdem sollte es möglich sein, die geplanten Investitionen noch ohne Kreditaufnahmen anzugehen. Damit sollte der Haushalt trotz der hohen Verpflichtungsermächtigungen von 19 Mio. genehmigungsfähig sein,

Weitergehende Prognosen sind schwierig. Die Auswirkungen der vielen globalen Krisen und ihr Einfluss auf die Unternehmen hier in Rheinfelden und darüber hinaus, sind absehbar. Auch wenn es uns etwas anderes wünschen. Vermutlich werden diese Entwicklungen uns zwingen, umzudenken und nachhaltiger zu denken, und längerfristig unsere Ziele für die Entwicklung der Stadt zu überprüfen und neu festzulegen. Wir werden uns mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass künftig nicht mehr alles möglich sein wird, aber dies vielleicht auch verkraftbar ist

Jetzt stellt sich die Frage, wie sich im kommenden Jahr die Grundsteuerreform auswirken wird, wie die notwendige Durchleuchtung der Verwaltungsstrukturen zur

Haushaltskonsolidierung beitragen kann, wie durch die Akquise von Drittmitteln aus Förderprogrammen trotzdem noch neue Projekte möglich werden.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2025 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.

Ich bedanke mich in Namen der SPD-Fraktion bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Eberhardt, bei Frau Bürgermeisterin Schippmann, dem Team der Kämmerei, insbesondere bei Herrn Reiher für die umfassenden Vorbereitungen und umfangreichen Erläuterungen zum Haushaltsentwurf.

Dr. Karin Paulsen-Zenke, Fraktionsvorsitzende